

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

124 (1.12.1923)

Erscheint
bis auf weiteres einmal
Samstag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Ausstatter
ohne Beleggeld
für Dezember Goldmark 0.60
freileitend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Geschäftszeit 12-5 Uhr, Sonntags
geschloffen.
Fernsprechanschluß Nr. 11.
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 8 Goldpf.
Familien-Anzeigen 5 Goldpf.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 24 Goldpf.
mal Schlüsselzahl, wie sie vom
Berein deutscher Zeitungsverleger
für alle Zeitungen verbindlich jede
Woche festgesetzt wird.
Grundchrift im Anzeigen- und
Zertitel ist Petit.
Bei Wiederholungen tariflicher
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Be-
treizung und bei Konkurs erstlich.
Klappentafeln werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen müssen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 124.

Samstag, den 1. Dezember 1923.

84. Jahrgang

Die Krise der Reichsregierung.

Der Ausgang.

Die Regierung Stresemann ist zu Ende. Ueberwältigt von den ungeheuren Schwierigkeiten ihrer Lage, hat sie ihre Aemter in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt, der nun die Quadratur des Kreises lösen, das Unmögliche, möglich machen soll das Unmögliche, einen Mann zu finden, der Deutschland in seiner tiefen Nacht weiterführt auf verfassungsmäßigen Pfaden.

Von dem zurückgetretenen Kabinett und seinem Führer nur wenige Worte. Dr. Stresemanns Eintritt in das Kanzleramt war von allem Anfang an eine fast hoffnungslose Sache. Stresemann selbst mag sich wohl in der Tiefe der Seele dessen bewußt gewesen sein, als er das Wort sprach von dem letzten parlamentarischen Kabinett, das er dem Reichstag vorführte. Trotzdem hat er mit dem starken Optimismus, der ihn erfüllte, das Opfer gebracht, sich und seinen politischen Namen in die Ränke zu werfen, die sich beim Rücktritt des Kanzlers Dr. Cuno am 12. August aufgetan hatten, hat er den Glauben an sich und an die Macht seiner Ideen aufgebracht, daß es ihm doch gelingen werde, durchzubringen. Es ist ihm nicht gelungen, trotz aller heißen Kämpfe, trotz Einbaß seiner ganzen großen Bekanntheit. Vielleicht wäre es besser gewesen, Dr. Stresemann hätte schon im Oktober sich zurückgezogen nach dem endgültigen Scheitern des passiven Widerstands im Ruhrgebiet. Nicht weil ihm aus dem Scheitern ein persönlicher Vorwurf zu machen wäre — keine Menschennacht hätte diesen ungleichen Kampf bis zu einem deutschen Siege hinausführen können — aber weil nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstands klar lag, daß auf dem Wege die einem Mann wie Stresemann zu gehen möglichst nicht weiterzukommen war. Fast tragisch mutet es an, wie Dr. Stresemann, einst ein Rufer im Streit um die Einbringung des parlamentarischen Systems im Deutschen Reich, zuletzt als Kanzler mit Mitteln regieren mußte, die gerade das Gegenteil von dem darstellten, was man parlamentarisch heißen kann: mit Ausschaltung des Parlaments durch das Ermächtigungsgesetz und mit dem Ausnahmezustand im ganzen Reich. Waren diese Maßnahmen notwendig — ein Urteil soll an dieser Stelle darüber nicht abgegeben werden — dann war für Stresemann eigentlich schon kein Platz mehr im Kanzleramt. Er hätte das besser den Deutschnationalen überlassen sollen. Solche Politik kann aber nur getrieben werden von einem Kanzler der eine starke Hausmacht mitbringt, eine große Partei mit überwiegender Macht im Parlament und dem Führer unbedingt ergeben. Statt dessen hatte Dr. Stresemann nur ein verhältnismäßig schwaches Fühlein einzufügen und auch in diesen Reihen mit Widerstand zu kämpfen. Die „große Koalition“ die die Hausmacht ersetzen sollte, erwies sich an ihrem alljährlichen Verkünder als ein hohles Gebilde, als ein Rechen mit parlamentarischen Fraktionszahlen, die man fälschlicherweise als bekannt und feststehend annahm, was sie nicht waren, weil ihnen die einheitliche Einstellung, das einheitliche Zielstreben fehlte. So mußte kommen, was nun geschehen ist. Wichtigere aber als alle Kritik an dem Vergangenen ist die Frage wie es nun weiter gehen soll. Deutschnationale und Sozialdemokraten haben Stresemann gestürzt. Aber weder diese noch jene haben jetzt eine fertige Mehrheit zur Hand, die das Erbe antreten kann, weil nur das Negative, die Gegnerschaft gegen Stresemann, sie in eine Front zusammengeführt hat. Es gibt — das haben die letzten Wochen bewiesen — im heutigen deutschen Reichstag überhaupt keine wirklich regierungsfähige Mehrheit. Das kann nur verkennen, wer sich durch das mechanische Spielen mit Fraktionszahlen täuschen läßt und Stresemann hatte recht, als er die heutige Krise mehr für ein Parlaments- als für eine Regierungskrise erklärte. Also Auflösung? Heute, da Deutschland einem schwer verbrannten Körper gleicht, dem jede Berührung die furchtbarsten Schmerzen verursacht? Heute, da große Teile des Reichs von der Teilnahme an der Wahl durch Feindseligkeit ausgeschlossen wären? Heute, da eine Parlamentskrise sich fast unumkehrbar mit einer Reichspräsidentenkrise verketten muß? — Also hinweg über das Parlament? Diktatur? So viele Fragezeichen, so viele Schrecken, so viele Sprengkörper, so viele Todesgefahren. Und doch steht es fest, daß auf den ausgetretenen Pfaden nicht mehr weiterzukommen ist. Ratlos, verzweiflungsvolles Dunkel, das kein Auge zu durchdringen vermag. Und während dessen verläßtigen sich die kleinen außenpolitischen Vorteile, die Stresemanns Gewandtheit einem hellen Boden abzuräumen vermochte. Poincaré aber, der Reichsvererber, läßt sich ins Fäustchen!

Ein bürgerliches Kabinett?

Berlin, 28. Nov. Die Verhandlungen zwischen den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Deutschnationalen über die Bildung einer bürgerlichen Koalition haben zu einer Einigung über die von der Arbeitsgemeinschaft gestellten grundsätzlichen Bedingungen geführt, der laut „Voss. Ztg.“ alle Fraktionen bis auf die Demokraten zugestimmt haben, die erst heute dazu Stellung nehmen werden. Gewisse Schwierigkeiten bereitet nur noch die Frage der Regierungskoalition in Preußen. Das Blatt glaubt sogar im Gegensatz zu den übrigen Zeitungen an die Möglichkeit eines Scheiterns des Bürgerblocks in dieser Frage. Als mutmaßlicher Reichskanzler vor bürgerlichen Koalition ist von allen Blättern der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald genannt. Er wurde laut „Voss. Ztg.“ gestern abend zum Reichspräsidenten gerufen, der mit ihm die Lage besprach. Eine offizielle Betrauung ist noch nicht erfolgt. Der Auftrag an Dr. Albert wurde in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Verhandlungen mit Stegerwald, der die Kabinettsbildung übernehmen sollte, haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Somit ist die Lage noch recht unklar und verworren.

Der Gang der Ereignisse zeigt, daß es in Deutschland äußerst erschw. ist, ein Kabinett zu besetzen, daß es aber keine großen Schwierigkeiten hat, ein neues Kabinett zu schaffen. Dem parlamentarischen System fehlt bei uns noch jede Tradition. Es stehen auch bei uns — man braucht sich nur den Reichstag anzusehen — durchaus nicht die Persönlichkeiten dazwischen

zur Verfügung, sondern wir müssen sehr lange suchen, bis wir die geeigneten Männer für ein neues Kabinett gefunden haben. Aus diesem Grunde schon dürfen wir uns den Luxus eines Massenverbrauchs an Ministern nicht erlauben, ganz abgesehen davon, daß es die inneren und äußeren politischen Verhältnisse nicht zulassen, die Stabilität der Regierungsarbeit fortgesetzt zu stören. Der Zustand, wie er gegenwärtig seit vier Tagen besteht, muß unbedingt als eine Störung empfunden werden. Die frühere Regierung verfiel zwar interimsistisch ihr Amt weiter, bis die neue Regierung gebildet ist, aber es sind zurzeit so viele schwerwiegende Probleme in der Schwebe, daß jeder Tag der Hinauszögerung einen uneinbringbaren Verlust bedeutet.

Ebert und Seeckt.

London, 26. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt in britischen diplomatischen Kreisen wird nicht verheimlicht, daß der Sturz Stresemanns, obgleich er keineswegs unerwartet gekommen, mit beträchtlicher Befürchtung betrachtet wurde wegen seiner möglichen Rückwirkungen auf die innere Lage in ganz Deutschland. Die Lage wird besonders gekennzeichnet durch die Schwierigkeiten, einen geeigneten Nachfolger für Stresemann zu finden. Bis jetzt sei der Reichstag noch nicht in der Lage gewesen, einen Staatsmann von genügender Stärke, Charakter und genügendem Talent herbeizubringen, der sich wirksamen Einfluß beim Parlament verschaffen könnte. Alle auswärtigen diplomatischen Beobachter stimmen darin überein, daß an diesem Zustand nur zwei Personen innerhalb des Deutschen Reichs nicht von Reichstags abhängen nämlich Präsident Ebert und General von Seeckt. Der Patriotismus und die Unergründlichkeit des Reichspräsidenten würden niemals in Frage stehen, solange er sich auf die absolute und lokale Unterstützung des Generals von Seeckt verlassen könne. Unter diesen Umständen werde es ihm, wie man glaubt, vielleicht noch gelingen, die Hauptschwierigkeiten zu überwinden.

Vorwürfe der Deutschnationalen gegen den Reichspräsidenten.

Berlin, 29. Nov. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat den Blättern zufolge an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem sie ihm vorwirft, daß er gemäß parlamentarischen Brauche nicht erst versucht habe, die Führer der Oppositionsparteien mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen. Im deutschen Volke mache sich unüberkennbar eine Bewegung nach rechts bemerkbar, und dieser müsse Rechnung getragen werden. Infolge dessen müsse der Reichstag aufgelöst werden, der sein Spiegelbild der wahren Parteiverhältnisse im Reich mehr sei. Für diesen Fall stellen sich die Deutschnationalen für die Regierungsbildung zur Verfügung.

Dr. Luther lehnt die weitere Verantwortung ab.

Berlin, 29. Nov. In einem an den Reichspräsidenten gerichteten Schreiben bittet der Reichsfinanzminister Dr. Luther unter Hinweis auf die bereits seit letztem Freitag bestehende Regierungskrise und auf die daraus folgende schwere Schädigung des finanziellen Wohlbefindens des Reiches, ihn von der Weiterführung der Geschäfte zu entbinden, da er seine Mitwirkung an dem durch das Fehlen einer verantwortlichen Regierung entstandenen Unheil vor dem deutschen Volke nicht mehr tragen könne.

Die vorausichtliche Ministerliste.

Berlin, 29. Nov. In später Abendstunde wird bekannt, daß die vorausichtliche Ministerliste der Regierung Marx, der den Auftrag zur Kabinettsbildung erhielt, die folgende sein wird: Vizekanzler und Innenminister Dr. Jares, Außenminister Dr. Stresemann, Finanzminister Dr. Luther, Reichswirtschaftsminister Dr. Geyher, Post und Eisenbahn behalten die alte Besetzung, ebenso das Ministerium für die besetzten Gebiete. Das Justizministerium wird dem Abgeordneten Emminger von der Bayerischen Volkspartei angeboten werden. Die Besetzung des Reichsernährungsministeriums durch den Grafen Kanitz ist noch nicht ganz sicher. Im Reichstag wird auch der Deutschnationale Schiele genannt.

Rheinstaatspläne.

Auf einem außerordentlichen Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei in Elberfeld sprach am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Erkelenz über die bevorstehende Entscheidung über die besetzten Gebiete. Nachdem Tirard einem Herrn aus Köln die Frage vorgelegt hatte, ob man nicht über die Bildung eines Rheinstaates im Rahmen des Deutschen Reiches verhandeln könne, hätten Verhandlungen stattgefunden, zu nächst am vorigen Freitag, über die im Einzelnen noch nichts bekannt geworden sei. Er glaube aber, darlegen zu können, daß vor der Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers im besetzten Gebiet stehen. Er werde deshalb vorschlagen, daß wir uns dahingehend erklären, daß wir unter dem Zwang der Umstände und vor der Gefahr des Verhungerns und der Verelendung uns mit diesem Schritt einverstanden erklären in dem Bewußtsein, daß die deutsche Bevölkerung am Rh. in deutl. ist und bleiben wird, auch wenn die Form des Staates wechselt.

Wozu das alles? Um wieder Ordnung zu schaffen im besetzten Gebiet bedarf er gar nichts, als daß Herr Tirard die eingekerkerten deutschen Behörden ohne Kniff und Schikane ihres Amtes walten läßt, wie vorher. Jede Umorganisation nach französischen Wünschen ist überflüssig und im höchsten Grade verächtlich. Wozu soll der „Rheinstaat“ seine eigenen Steuern, seine eigene Finanzhoheit haben — kein Staat „im Rahmen des Reiches“ hat beides zur Zeit — wenn nicht zu dem Zweck, dem Reiche seinen Steueranteil aus dem besetzten Gebiet zu schmälern, oder ganz zu entziehen, damit das Reich um so schwerer der Entschädigungslast erliege und der französischen Sanktionspolitik neue Pforten öffne? Die Rückkehr der Ausgewiesenen, ein Rechtsbruch, kann niemals Gegenstand eines Handels um politische Zugeständnisse sein, umso weniger, als

erfahrungsgemäß der Franzose die politischen Zugeständnisse nimmt, ohne die Voraussetzungen zu erfüllen. Was wir von Frankreich erleben, was auch aus diesen Tirardischen Plänen hervorgeht, ist nichts als ein neuer Würgegriff, ein neues Erpressungsmanöver wie unsere Unterjochung zu Versailles: er gib dich oder stich! Los vom Reich oder du magst verhungern. Der in Köln lebende Berichterstatter der Times hat dafür einen guten Blick. Er schreibt neuerdings an sein Londoner Blatt:

So gut wie überall seien außerhalb der britischen Zone die hohen Beamten ausgewiesen worden, so daß keine reguläre Verwaltung mehr bestünde. Das ganze Land sei einer Banne von Verbrechen und Verbrechen ausgeliefert, die es für ihren eigenen Vorteil im Rahmen einer unabhängigen rheinischen Republik ausbeuteten. Die Franzosen hätten unter dem Anschein ihrer Souveränität tatsächlich den Separatisten freie Hand gegeben. Diese Gewalttaten seitens der Separatisten blieben unbekannt und dadurch wollten die Franzosen auch den lokalen Deutschen klarmachen, daß er aus seiner Lage nur Entgegenkommen finde, wenn er sich vom Reich abkehre. Es könne von dem lokalen Deutschen nicht erwartet werden, daß er dieser Art vor Druck widerstehe. Die Welt hätte nur wenig darüber erfahren, wie sehr sich im südlichen Teil des Rheinlands während der allerletzten Wochen die Verhältnisse zuspitzten hätten. Die Deutschen begannen zu begreifen, daß die Franzosen aus dem Rheinland einen Staat unter französischer Engegriffen zu bilden beabsichtigten, um den Einwohnern vorzutäuschen, daß sie nicht völlig vom Reiche losgerissen seien.

So ist es. Auch die Pläne des Herrn Tirard sind nur Deklamation und Heuchelei. Die Wahrheit ist der französische Fuß auf dem Nacken der Rheinländer und Westfalen.

Der deutsch-französische Industrievertrag.

Man muß sich über die Lage klar sein, in der es zu dem Vertragsabschluss zwischen dem bergbaulichen Beren und dem internationalen Ingenieurkommission gekommen ist. Am 25. November läuft der Vertrag ab, bis zu dem die Ruhrkredite seitens der deutschen Regierung laufen. Die Franzosen hatten sich also darnach in der üblichen Lage befunden, die Sorge für die Ernährung des gesamten Ruhrgebietes zu übernehmen. Andererseits bringt jeder Tag, an dem im Ruhrgebiet nicht gearbeitet wird, den Werken großen Schaden, die Arbeitslosen ziffer und die Anzahl der Kurzarbeiter wächst immer mehr, die Arbeitsmoral sinkt immer tiefer. Offenbar bestand auf beiden Seiten der Wille zu einem Abkommen zu gelangen. Daß ein solches Abkommen für uns schwere Lasten mit sich bringen würde, war zu erwarten; daß aber die in dem Vertrag enthaltenen Bestimmungen teilweise so scharf sein würden, konnte man kaum annehmen. Die Bergbauindustriellen, die der Ruhrwirtschaft aus dem geschlossenen Marktvertrag erwachsen, sind für sie so belastend, daß der deutsche Unterzeichner des Vertrags, der Generaldirektor von Deutsch-Luz, Dr. Bögler, vor Herausgabe seiner Unterschrift die Erklärung abgab, daß die Bedingungen der Ingenieurkommission nur sehr schwer zu erfüllen seien und daß die Unterzeichnung des Abkommens nur deshalb geschieht um noch größeren Schaden abzuwenden.

25 Prozent der Kohlen sind von den Sechen an die Reparationsgläubiger zu liefern, wobei die Übernahme des Transportes seitens der französischen Regierung ab 1. Jänner ab 1. Jänner eine kleine Bergminderung darstellt. Daneben sind 35 Prozent der Kohleproduktion unentgeltlich zu liefern. Der deutschen Regierung erwächst die Pflicht, die Sechenbesitzer zu entschädigen. Die rückständige Kohlensteuer ist auf 15 Mill. Dollar festgesetzt worden, von deren sofortiger Bezahlung man abgesehen hat. Die künftige Kohlensteuer beträgt 10 Fr. pro Tonne. Besonders belastend sind die Bezahlungen der Industriellen hinsichtlich der Produkte der metallurgischen Industrie. Es ist zwar aus den bisherigen Meldungen noch nicht genau ersichtlich, ob die Ausfuhr der Metallprodukte von der Zahlung der Kohlensteuer abhängig ist; wäre dem aber so, so würden die vorhandenen Vorräte nicht einmal eine Basis für Lombardkredite abgeben; dabei benötigt die Ruhrindustrie Kredite in großem Umfang. Denn man muß bedenken, daß für die Inangriffnahme des Wirtschaftsapparates erst eine 2. Anlaufzeit nötig ist, die viel Kapital verschlingt. Dunkel ist bisher auch noch der Punkt, der die Berechnung der Bezahlungskosten betrifft. Besonders aber scheint eine Vertragsklausel der Klärung zu bedürfen, wonach die Franzosen berechtigt sind, statistisches Material der einzelnen Werke anzufordern. Endgültig wird man erst über den Vertrag urteilen können wenn man seinen Wortlaut kennt. Auch das von der Regierung angekündigte Weißbuch über die Verhandlungen dürfte Klarheit bringen. Vorläufig ist nur festzustellen, daß die französische Presse über den Vertragsabschluss ihre höchste Zufriedenheit ausdrückt. Wir müssen aber erst abwarten, ob dieser Jubel berechtigt ist; denn der nunmehr unterzeichnete Vertrag stellt lediglich ein Manöverabkommen dar, das Nichtstun enthält die eigentlichen Schwierigkeiten dürften sich daher erst bei den nunmehr einsetzenden Verhandlungen zwischen der internationalen Kontrollkommission und den einzelnen Werken ergeben. Und zum Schluß wird die Praxis das letzte Wort zu sprechen haben.

Nur eine Stunde!

Speyer, 29. Nov. Die hiesige Arbeiterschaft hat dem französischen General de Metz offiziell den Antrag gestellt, er möge seine Truppen nur eine Stunde von der Straße zurückziehen, damit die Bevölkerung mit den Separatisten fertig werden könnte. General de Metz hat dieses Verlangen abgelehnt. Die Erbitterung und der Haß der Bevölkerung gegen die Separatisten und ihre Hintermänner kennen unter solchen Umständen keine Grenzen mehr.

Abdankung der Separatistenregierung.

Unfähig und unehrlich!
Koblenz, 28. Nov. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ erfahren hat die „Vorläufige Regierung der Rheinischen Republik“ in einem heute an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der Generalbevollmächtigte teilte dem Vorsitzenden der Rheinlandskommission mit, daß in den letzten Tagen bereits drei Mitglieder des Kabinetts ausgeschieden seien, nachdem es sich schon vor etwa 14 Tagen in zwei Teile gespalten hat, von denen jeder für sich Kabinettsbeschlüsse fakte (!) Aus der sogenannten, inzwischen durch das

Kabinett aufgelöst Oberster Heeresleitung hat sich eine Mi-
terdiktatur herausgebildet.

Die deutschen Delegierten vor der
Reparationskommission.

Paris, 23. Nov. Ueber die heutige Vormittagsitzung der
Reparations-Kommission ist folgendes Communiqué ausgegeben
worden: Die Reparationskommission ist heute vormittag um
10.15 Uhr unter dem Vorsitz Barthous zusammengetreten, um
gemäß der Entscheidung vom 13. November die deutschen Ver-
treter anzuhören. Im Namen der deutschen Delegierten gab
Staatssekretär Fischer zunächst einen Überblick über die Not-
lage Deutschlands auf finanziell und wirtschaftlichem Gebiet,
ihre Ursachen und ihre Rückwirkung auf die deutsche Leistungsfähigkeit. Er hat den Standpunkt der deutschen Regierung,
daß die Ruhrbesetzung widerrechtlich sei, erneut hervorgehoben. Er wies darauf hin, daß nur die Wiederherstellung der deutschen
Einigkeit die deutsche Wirtschaft und die Finanzen in Ordnung
bringen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder heben
könnte. Darauf gab der deutsche Delegierte eine eingehende
Darlegung der ergriffenen und beabsichtigten Maßnahmen zur
Sanierung der Finanzen und Währung, wie z. B. Umstellung
der Staatseinnahmen auf Gold, äußerste Einschränkung der
Ausgaben unter Zurückdrängung wohlverordener Rechte und
Fürsorgemaßnahmen, sowie Einstellung der Notenpresse. Er
hat darauf ausinandergesetzt, daß die Notwendigkeit, diese Re-
formen durchzuführen, die deutsche Regierung zu einem Ein-
treten in die Sachlieferungsoverträge gezwungen habe. Der
deutsche Vertreter gab schließlich kurz Kenntnis von dem Inhalt
von ihm gleichzeitig überreichten Denkschrift zu der belgischen
Ente. Er erklärte, daß diese Studie unter den gegebenen all-
gemeinen Voraussetzungen eine geeignete Grundlage für Ver-
handlungen zur Lösung des Reparationsproblems bilden könne.
Schließlich wies er in eindringlichen Worten auf den unge-
heuren Ernst der Stunde hin und appellierte an das Verantwortungsgefühl der Reparationskommission.

England gegen jede Gewalt.

Paris, 26. Nov. In einer Besprechung über die Dis-
kussion in der Botschafterkonferenz stellt der Außenminister
des „Journal“ fest, Poincaré habe als Präventionsmaßnahme
der Anwesenheit der Militärkontrolle sofortigen Zwang
vorgeschlagen. Dieser Plan habe am 19. November ausge-
geben werden müssen, denn der Staatssekretär im auswärtigen
Amt in London, Crewe, habe an diesem Tage dem französi-
schen Botschafter erklärt, England wolle keine Sanktionen,
weder heute, noch morgen, noch überhaupt jemals.

Belgien für die Min. erung des Drucks.

Brüssel, 27. Nov. Die amtliche belgische Telegraphen-Agen-
tur meldet: Wie die Blätter mitteilen, gab der gestern zusamen-
getretene Ministerrat seiner Genehmigung über die in der Ruhr-
frage erzielten Ergebnisse Ausdruck. Im Hinblick auf diese Er-
gebnisse sei die Politik der Mäßigung in Bezug auf die mili-
tärliche Besetzung Platz greifen zu lassen. General Degoutte
werde in Uebereinstimmung mit der belgischen Militärbehörde
die nötigen Maßnahmen ergreifen, um das Besetzungsregime
in dem Maße weniger scharf zu gestalten, in dem durch die
Fabrik- und Bergwerksbesetzungen Arbeitsgarantien geboten
würden.

Günstigere Ausichten für die Reparationsregelung?

Paris, 25. Nov. Zu dem deutschen Schritt in Brüssel er-
farte ich, daß die deutsche Regierung eine Regelung der Repara-
tionsfrage auf der Grundlage der belgischen Vorschläge nur
im Falle der Wiederherstellung der wirtschaftlich Einheit
Deutschlands für möglich hält. Diese Auffassung ist Freitag
vormittag von Staatssekretär Fischer in seinen Darlegungen
von der Reparationskommission betont worden. Es handelt
sich dabei aber nicht etwa um eine von Deutschland gestellte Vor-
bedingung für eine Diskussion auf der Grundlage der belgischen
Dokumente und ebensowenig um einen ausichtslosen Protest
gegen die militärische Besetzung. In hiesigen unrichtlichen Kreisen
herrschte Samstagabend der Eindruck vor, daß nach den
wichtigen Zugeständnissen Frankreichs es möglich sein könnte,
zu einer provisorischen Einigung, die eine Art von „Amen-
dement“ genährte werden würde, zu gelangen und daß die endgültige
Regelung im Laufe der nächsten Monate erfolge.

Um die Reparationskommission.

Paris, 25. Nov. Der Matin meldet, daß, wenn auch die
Frage noch nicht offiziell aufgeworfen wurde, es doch nicht mehr
zu leugnen sei, daß die Existenz der Reparationskommission
bedroht ist. Sie sei ebenso durch die Weigerung des deutschen
Reiches, die Zahlungen für die Kosten der Reparationskommission
zu leisten als auch durch die Haltung der englischen

Regierung in den letzten Monaten in Bedrängnis gekommen.
Das Blatt erklärt, daß die Reparationskommission bereits seit
Monaten von ihren Referenden leben, daß dieser Referen-
den in Höhe von 25 Millionen Franken aber beinahe aufge-
zehrt sei und die Kommission nur noch so viel Geldmittel ver-
füge, um bis zum 31. Januar ihre Angestellten und ihr Per-
sonal zu bezahlen. Selbst wenn eine Entlassung dieses Per-
sonals vorgenommen würde, so würde dadurch die Existenz
der Kommission höchstens um 3 Monate verlängert. Aus Ge-
richten, die das Blatt verzeichnet, schließt es, daß man in
Kreisen der britischen Delegation das Verschwinden der Kom-
mission nicht ungerne sehen würde. Das dürfte, erklärt das
Blatt weiter, niemand wundern, wenn man die Erklärungen
Lord Curzons und Baldwins bei mehreren Gelegenheiten in
den letzten Monaten betrachte. Im übrigen sei eines der un-
eingeständenen Ziele der von England vorgeschlagenen Sach-
verständigenkonferenz gewesen, den Organismus der Repara-
tionskommission zu vernichten. So erklärte sich auch das Ge-
richt, nach welchem Deutschland durch hohe Persönlichkeiten
der britischen Delegation ermächtigt worden sei, keinerlei An-
strengungen zu machen, um die zum Funktionieren der Repa-
rationskommission notwendigen Beträge zu bezahlen.

Kasernenbauten im Ruhrgebiet.

Berlin, 23. Nov. Wie die „Post“ 3tg.“ aus Bochum
meldet hat General Degoutte ein Rundschreiben an die Di-
visionskommandeure im Ruhrgebiet erlassen mit der Aufforde-
rung, von Stadtverwaltungen, denen der Bau von Kasernen
aufgegeben ist, zu verlangen, daß sie die Ausarbeitung der Pläne
und Vorkaufsfrage nach den ihnen gegebenen Anweisungen in
kürzester Frist vornehmen. Nach Genehmigung der Pläne durch
das Armeekorpskommando soll dann mit dem Bau der Kasernen
unverzüglich begonnen werden.

Frankreichs Arbeit an Deutschlands Grenzen.

Paris, 27. Nov. Der Belgrader Korrespondent des „Ma-
tin“ will aus glaubwürdiger Quelle erfahren haben, daß der
Hauptgegenstand der Konferenz der Kleinen Entente, die Freitag
vorbereitet wird, die Vereinbarung einer Koalition sämtlicher
Staaten der Kleinen Entente gegenüber Deutschland und Ruß-
land sein wird die bis jetzt gefestigt habe. Man hoffe auch zu
einer Verständigung mit Polen hinsichtlich dieser Frage gelangen
zu können. Was andererseits die Reparationsfrage und die
Frage der Durchführung des Versailler Vertrages anbelange,
so stehen die Regierungen von Belgrad, Prag und Bukarest
auf dem Standpunkt, daß die Kleine Entente künftig an allen
Berechnungen der alliierten Großmächte über diesen Gegenstand
teilnehmen müßte. Frankreich will nicht nur Hilfsverträge an
den Grenzen Deutschlands gewinnen, es möchte die ihm
ergehenden Offizien auch in alle Kommissionen einbringen, um
bei allen Abstimmungen eine treue Gefolgschaft zu haben.

Reparation, England, Frankreich und die deutsche
Regie. usstze.

Paris, 28. Nov. In den Kreisen der Reparationskom-
mission rechnet man damit, daß die Düsselrofer Abkommen
und damit die Frage, wer die Ruhrbesetzung bezahlen soll, erst
nach den englischen Wahlen von der Kommission erörtert wer-
den. Es verlautet auf der Tagesordnung der für Freitag ein-
berufenen Kommissionsitzung stehe nur der französische Antrag
auf Erneuerung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung
der deutschen Leistungsfähigkeit. Vertnar äußert im Echo de
Paris die Hoffnung, daß die Reparationskommission an die
Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen erst heran-
tritt wenn die Ministerkrise in Deutschland gelöst ist, da ihre
Bemühungen andernfalls verloren wären. Vertnar meint, es
wäre kein Fehler, wenn die deutschen Nationalisten jetzt die
Regierungsverantwortung übernehmen, weil sie dadurch zu grö-
ßeren Mäßigungen gezwungen würden. Frankreich könne, nach
Vertnar, einem beträchtlichen Umschwung gleichgültig zusehen,
vorausgesetzt, daß die neue Reichsregierung den Versailler Ver-
trag anerkennet.

Protest gegen die französische Grausamkeit.

Zürich 25. Nov. Unter dem Vorsitz des Pfarrers Dr.
Custar Benz bildete sich in Basel neuerdings ein Komitee, das
in den Zeitungen zu einer Protestkundgebung gegen die fortge-
setzte Vergeßung Deutschlands durch die Ententeemächte auf-
fordert. In dem Aufruf heißt es u. a.: Die unterzeichneten
Schweizer Bürger erheben ihre Stimme aus schwerer seelischer
Betrückung darüber, daß der Krieg, den sie beendet glauben,
in neuer Form wütet gegen das besiegte deutsche Volk, das vor
allem in den besetzten Gebieten einer unablässigen Verge-
waltigung preisgegeben ist. Es vollzieht sich eine ungeheure
Verelendung und Verklammerung des deutschen Volkes. Eine Lös-
lung Deutschlands aber bedeutet nicht Sicherheit, sondern
den Zusammenbruch Europas. Aus den neutralen Ländern ge-
schieht das Menschennögliche, um die furchterliche No. zu
lindern, aber sie macht ins Riesengroße, was noch grauenvoller
ist, sie wird stets neu erzeugt. Allen Anstrengungen des ge-
pönten Volkes um erträglichere Lebensbedingungen sehen seine
Besieger bis jetzt ein graufames Nein entgegen. Es ist, als ob

ein übermächtiger Vernichtungswille das Todesurteil über dies-
es Volk gesprochen hätte und dieses nun langsam an seinem
Opfer vollzöge. Eine ungeheure Verantwortung legt sich auf
alle welche diesen Zuständen noch länger stumm und stumpf
zusehen. Mögen sich auch die einen oder die anderen unter den
Siegermächten als Desinteressiert erklären, vor Gott und der
Geschichte sind und bleiben sie verantwortlich für die aller
Menschlichkeit spottende Quälerei eines wehrlos gemachten
Volkes.

Poincarés neuer Kammerbesieg.

Paris, 23. Nov. In der heutigen Kammeritzung wurde die
Delatte über die Außenpolitik fortgesetzt. Der französische Mi-
nisterpräsident Poincaré kam unter anderem auf die Frage der
Gaizantien zu sprechen und erklärte, daß nur ein Sicherheits-
pakt wirkungsvoll sein könne, der für gegenseitigen Beistand
Gewähr leiste. Die von Lord George vorgeschlagene Vertrags-
abfassung sei eine tödliche Gefahr gewesen, da er die Freund-
schaft zwischen Frankreich und England ganz von Deutschland
abhängig gemacht habe. Die beste Garantie biete eine Ver-
stärkung der jetzigen Position Frankreichs am Rhein. Wenn
Maßnahmen ergriffen werden sollten — und die Leipziger Zim-
merfälle könne man nicht ohne Sanktionen lassen — so
müßten sie in der gemeinsamen Ausführung des Vertrages
bestehen, also im gemeinsamen Vorgehen gegen Deutschland.
Ein Bruch der Entente sei jedwfalls ein Unglück für den
europäischen Frieden. Frankreich wird das Ruhrpfand nicht eher
aufgeben, bis Deutschland bezahlt habe.

Der Ministerpräsident wird im Laufe der Debatte heftig
von Dardeu angegriffen, der die Politik Poincarés scharf
kritisiert und strengere Maßnahmen gegen Deutschland ver-
langt.

Nach einer Erklärung des radikalen Abgeordneten Herriot,
der die Einstellung der Kontrolltätigkeit in Deutschland als
beunruhigend (!) bezeichnet, wird von der Kammer mit 500
gegen 70 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die die
Haltung der Regierung in der Botschafterkonferenz billigt und
ihre das Vertrauen ausdrückt.

Die norwegische Hilfsaktion für notleidende Kinder in
Deutschland.

Aus Kristiania wird folgendes gemeldet: Nachrichten der
letzten Zeit über die katastrophal wachsende Not in Deutschland
gelenken hier norwegischen Hilfsaktion einen neuen Antriebs.
Besonders die Not der Kinder rührt alle Herzen. Unter Führung
von den aus der charitativen Tätigkeit rühmlich bekannten Ver-
sönlichkeiten, wie Advokat Tage Schøn, Gutsbesitzer Eilaf
Kjønnes, Fr. Fanny Schønne, bildete sich ein norwegisches
Zentralkomitee, dem sich in ganze Lande zahlreiche Ausschüsse
angeschlossen. Schule und Vereine eröffnen Bazare; künstlerische
Kräfte ersten Ranges geben ein Konzert zugunsten der Kinder
deutscher Professoren und Künstler im größten Saal der
Stadt, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die gesamte
Presse wirbt in Aufrufen und veranstaltet selbst Sammlungen.
— Allen die „Aftenposten“ und „Lidens Tegn“ sammelten bisher
28 000 bzw. 23 000 Kronen. Für die Hilfsaktion laufen täglich
etwa 10 000 Kronen ein. Daneben werden Naturspenden wie
Kakao, Milch, Lebertran usw. gesammelt.

Ein italienisch-französischer Zwischenfall.

Turin, 28. Nov. Aus kleinen Ursachen ist hier ein ernster
italienisch-französischer Zwischenfall entstanden. Ein französisches
Blumengeschäft hatte einer Turiner Dame einen Katalog
geschickt, der Ausfälle gegen die Alliierten Frankreichs enthielt.
Das Vorwort des Katalogs enthielt die Bemerkung: „Nachdem
Rom nicht mehr Rom ist, sind die Franzosen die erste Nation
auf der Welt.“ Die Turinerin schrieb der Firma einen scharfen
Brief und erhielt von einem Angestellten der Firma die Ant-
wort, das italienische Heer sei im Kanton beige gewesen. Hätten
die Franzosen nicht eingegriffen, so hätten die Oesterreicher
Tenebrg und Rom in Brand gesteckt. Die Dame zeigte nun
diesen Brief einem Hauptmann, der zu den angesehensten
der Turiner Fasisten gehört, und dieser forderte den Inhaber
der französischen Firma zum Duell heraus. Der Zwischenfall
wurde bekannt und Gruppen von Fasisten und Studenten
zogen vor das französische Konsulat, wo sie Beschimpfungen
gegen Frankreich ausbrachten. Die Polizei verhaftete mehrere
Leute. Der Zwischenfall wird diplomatische Folgen haben.

„Deutsche Nothilfe.“

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 29. Nov. „Eine deutsche Nothilfe“ ist ein vom
Reichspräsidenten, der Reichsregierung und den Regierungen
der deutschen Länder unterzeichneten Aufruf betitelt, der besagt:
Schwerste wirtschaftliche Not lastet auf dem deutschen Volke,
und ins Ungeheure steigt das Elend. Kinder und Greise
hungern, Millionen schaffensfreudiger Männer und Frauen sind
durch den Druck, der auf den besetzten Gebieten am Rhein lastet,
aus Arbeit und Verdienst vertrieben. Not und Elend sind so
groß, der Darbenden so viel, daß die Kräfte des Staates allem

„Das ändert allerdings die Sache, meine Herrschaften.
Liebe Molin, wenn du die Güte haben willst, dich um das Abende-
essen umzutun wenigstens für mich, denn ich muß in einer Stunde
fort.“

„Wohin willst du denn, ist etwas passiert?“

„Ach, passiert ist nichts, wenigstens nicht von Bedeutung.
Kaiser meldet mir eben, daß er durch einen Wetter, der in
Niederrhein wohnt, Nachrichten bekommen habe, unsere bäuerlichen
Wirtschaften wollten heute nacht unsern Reichthümern einen Besuch
machen. Er geht zunächst nach dem Schauffsehaus hinüber, wo
sich die Fischer aus der Umgegend an einem Sonntagmorgens
sicher zusammenfinden, um sie anzubieten. Den Sekretär schickte
ich nach Kattenhausen zum Oberwachmeister, einige Gendarmen
zu requirieren und nachher wollen wir uns getrennt immer
zwei und zwei in den Wald begeben, um die Burschen mit
einem Schläge zu fangen, dann haben wir Ruhe.“

„Aber Karl, das kann ein blutiger Zusammenstoß werden.“

„Laf es doch,“ antwortete Ritter, und ein bißartiges
Leuchten glitz über sein Gesicht. Dann wandte er seinen Kopf
hinter und sah Molin scharf in die Augen.

„Warum stehst du noch, ich jogle dir doch, du solltest
das Abendbrot richten.“

Die schöne Frau fuhr zusammen, als ob sie einen Best-
schneid bekommen hätte, und war zweifelnde traurige Blicke
auf ihre Gäste, um dann schnell aus dem Saal zu verschwinden.

„Die arme Frau,“ sagte Voisier laut. „Lieber Freund, Sie
müssen nicht so herb und wild mit ihr umspringen.“

„Ach, guter Professor, das verstehen Sie nicht. Sie sind
alt, in dem ruhigen Beruf alt geworden... es ist nicht so das
gemeint glauben Sie mir, aber Sie müssen entschuldigen, der
enigste der mich hier versteht, ist Müller. Es kann wohl einen
blutigen Zusammenstoß geben... da wird man ein bißchen
nervös und die galante Bitte wird leicht zu einem groben Befehl.
Wer weiß, ob sie mich morgen früh oder heute nacht nicht
nach dem Volksgang zurückbringen auf zwei Gewehren, mit
Grünem zugehört.“

Er zog die Stirn in finstere Falten und drückte die Augen
fest zu.

„Aber dann gehen Sie doch nicht mit. Es ist doch nicht
die Sache des Oberförsters, sich tötlichen zu lassen,“ warf
Professor Rückert ein.

Ritter öffnete die Augen halb und Mißte den Sprecher
selbst an, dann lachte er jäh auf.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

30) Nachdruck verboten.

Sie nickte und sah ihm in die Augen.

„Die Stille vom Sturm und sieh, wie dunkel es draußen
wird.“

„Wie in meiner Seele, Molly.“

Sie sah ihn wieder an mit einem unendlich wehmütigen
Blick und er glaubte, in den Winkeln ihrer schönen Augen
schimmere es feucht.

Da schob ganz unvermutet ein blaßblauer funkelnder Strei-
fen einige hundert Schritte vor ihnen nieder in den Wald. Ge-
blendet schlossen sie die Augen, und ehe sie sie wieder öffnen
konnten, krachte es, als ob der Himmel über ihnen zusammen-
stürzen wollte und Molly wäre umgefunken, hätte Max sie
nicht in seinen Armen aufgefangen.

Eine Sekunde lang ruhte die weiche biegsame Gestalt in
seinen Armen und in einem Anfall von wahnsinniger Selbst-
vergeßlichkeit drückte er sie fest an sich. Dann begann er sich,
führte sie zu einem nahestehenden Sessel, in den er sie sorgsam
niederlegte.

Auf dem Korridor schlug eine Tür, dann heulte und piff
es draußen vorbei. Ritter trat ein, ging auf die Flügeltür zu
und zog Max hinaus nach der Veranda.

„Komm, Junge, jetzt beginnt der Tanz.“

Ein wildfreudiges Leuchten blitzte auf dem Gesicht des
Forstmannes. Er starrte hinaus, wo sich jetzt Bäume und Blumen
schon niederdrückten vor der gewaltig herandringenden Sturmge-
walt.

Nun kamen etliche Minuten der furchtbarsten Entladungen.
Die Blitze überholten einer den anderen, die Donnerschläge
klangen fast wie ein fürchterliches Rollen zusammen, und dann
wurde es plötzlich still, einen Moment lang nur. Bäume und
Blumen richteten sich auf, als ob sie nachhaken wollten, was
diese fürchterliche Stille bedeutete, dann brach aus den Schleifen
des Himmels strömender Regen nieder. Es plätscherte auf
dem Boden, es hüpfte auf den Blättern, es rauschte über die
Wege und schlug prasselnd auf das Dach der Veranda nieder.
Ein wohliger kühlter Geruch von Wasser und Erde schlug
herin in den Saal, und angelockt davon traten die drei Menschen
hinein auf die Veranda, um in vollen Atemzügen die witzige

Fische der mit eigenklimlichem Schwefelgeruch vermengten Luft
zu genießen.

„Ist es vorbei?“ fragte der Professor.

„Es ist vorbei,“ antwortete Ritter und Max wie aus
einem Munde. „Bei uns hält es nicht lange an, wenn es so
furchtbar kommt,“ schloß der Oberförster allem.

Max beugte sich über die Brüstung der Veranda weit hinaus,
daß ihm die Regentropfen ins Gesicht schlugen, und blickte nach
Westen, wo schon wieder ein schmaler roter Streifen erschien.

„Sehen Sie nur hin, über dem Wald kommt schon die
Sonne wieder heraus. Es ist gar gut, daß wir bei dem Groden
nicht in dem trockenen Staub arbeiten müssen. Aber im Walde
wird es furchtbare Verwüstungen angerichtet haben, und mit
unserer Birkenhainjagd wird es nichts.“

„Da könntest du recht haben, Karl, denn bei der stürmi-
schen Nacht, die auf das Gewitter folgt, sind die Höhen
meist stumm. Aber wenn Kaiser den Hahn gut verhört hat,
kann man ihn auch stumm schreien.“

„Ja, gewiß, Max, aber das ist eine unsichere Sache,
und ich glaube wir bleiben besser in unserer Falle liegen.“

Draußen hatte jetzt der Wolkenbruch nachgelassen, und die
Tropfen fielen weniger dicht nieder. Von Westen her hüpfte
der erste rötliche Sonnenblick wieder über Gärten und Wälder,
und nun ging Ritter hinaus und kam gleich darauf im Regen-
rock mit der Büchse auf der Schulter zurück.

„Entschuldigen mich die Herren, aber ich muß einmal
hinüber in den Buchenschlag gehen, mir ist es, als ob der Pfliz
dort ziemlich viel Unheil angerichtet hätte. Entschuldigen Sie
mich.“

„D, bitte sehr,“ antworteten alle drei Herren wie aus
einem Munde.

„Einen Forstmann leidet es nicht zu Hause, wenn in
seinem Wald Schaden geschehen ist.“

Er ging die Treppe der Veranda hinunter und ein Stück
in den Garten hinein, blieb aber stehen und sah rechts den
schmalen Weg entlang, auf dem gleichfalls im Regenrock Kaiser
auf ihn zukam.

„Was gibts, Kaiser?“ hörte die Gesellschaft auf der Veranda
den Oberförster noch fragen, dann sahen sie die beiden ziemlich
aufgeregt zusammen sprechen, verstanden aber nichts. Kaiser
entfernte sich wieder, grüßend die Hand an die Mütze legend,
und Ritter kam zurück.

nicht erreichen. In aufopfernder Notgemeinschaft muß daher das deutsche Volk die zusammenbrechende Hilfe von Reich und Ländern stützen und das drohende Unheil abmildern. An alle Deutsche geht daher der Ruf: Helft mit Geld und Gut, gedenkt der Deutschen, die hinfieren in Hunger und Entbehrung, gedenkt insbesondere der unglücklichen Leiden, die eure Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr seit vielen Monaten erdulden, gedenkt des Verzweiflungskampfes, den sie jetzt um das nackte Dasein, um ihre Zusammengehörigkeit zum Reiche führen. Teilt was ihr irgend entbehren könnt, mit euren dankbaren Volksgenossen!

Aber nicht nur an Deutsche ergeht der Ruf, sondern an alle die mitfühlen können mit dem furchtbaren Schicksal des gequälten deutschen Volkes. Im Kampf gegen die Hungersnot schließen sich das deutsche Volk zu einer großen Notgemeinschaft zusammen. Sämtliche gleichgerichteten Hilfsaktionen und Sammelaktionen wirken in ihrem Sinne. Deutsche Nothilfe soll sie heißen. Folgt ihrem Ruf! Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62. Spenden nehmen alle Banken Sparkassen und die Staatsanstalten entgegen. Die Durchführung der Sammlung der „Deutschen Nothilfe“ ist von bestehenden Organen des „Deutschen Volksoffiziers“ übernommen worden. Es wird also keine neue Organisation geschaffen. Eine bedeutende Anzahl von großen Verbänden hat sich bereits in den Dienst der Deutschen Nothilfe gestellt.

Amerika hilft uns nicht.

Wohl mag Deutschland bei vollen Scheuern verhungern läßt. Der amerikanische Handelssekretär Hoover war mit der Prüfung der deutschen Ernährungslage betraut, da die Absicht bestand, Deutschlands Ernährung entweder mit großen Geldmitteln zum Ankauf von Lebensmitteln in den an Deutschland angrenzenden Ländern, oder mit Lebensmittelsammlungen in Amerika zu Hilfe zu kommen. Hoover erklärt jedoch jetzt, wie die Auslandspresse, z. B. auch der „Matin“ berichtet, daß er nach eingehender Prüfung der Verhältnisse von einer Hilfe Amerikas abraten müsse. „Denn“, so sagt er, „die deutsche Ernte war in diesem Jahr eine gute Mittelernte. Es gibt genügend Vieh und es ist auch kein Mangel an Vorräten aller Art, insbesondere an Kartoffeln. Es herrscht nur darum Mangel weil diejenigen Kreise der Bevölkerung, die die Lebensmittel erzeugen, sie nur zu allzu hohen Preisen an die verelendete Bevölkerung abgeben. Wenn aber die Deutschen selbst, die ihren eigenen Volksgenossen helfen könnten, verhungern lassen, weil sie viel Geld verdienen wollen, welche Veranlassung haben dann wir Amerikaner, den Deutschen beizuhelfen? Wenn tatsächlicher Nahrungsmittelmangel in Deutschland herrschen würde, müßten wir diesem Lande natürlich beizuhelfen, aber wir denken nicht daran, in Amerika Millionen von Dollars zu sammeln, wenn die deutschen Landwirte nicht das Ihrige tun wollen, um der Bevölkerung zu helfen.“

Zuerst das amerikanische Volk.

Paris, 26. Nov. Die Chicago Tribune veröffentlicht in einer Washingtoner Meldung die Grundzüge der Botschaft, die Präsident Coolidge am Dienstag in acht Tagen im neuen Kongreß der Vereinigten Staaten vorlesen wird. Es heißt darin zur Frage des Haager Internationalen Gerichtshofes: Unterstützung des Vorschlages, daß die Vereinigten Staaten sich diesem Gerichtshof anschließen sollen, vorausgesetzt, daß dieser vollkommen unabhängig und vollkommen frei von jeder Kontrolle von Seiten irgendeiner Verbindung mit dem Völkerbunde ist. Ueber die auswärtigen Beziehungen sagt das von dem Blatt veröffentlichte Programm: Bei der Aufstellung einer Politik in der internationalen Politik haben sich die Vereinigten Staaten in erster Linie von dem letzten lassen, was im wesentlichen den Interessen und der Wohlfahrt des amerikanischen Volkes entspricht. Die Wohlfahrt anderer Völker sei eine Angelegenheit zweiter Ordnung.

Die Kommunistische Partei leistet Widerstand.

Berlin, 26. Nov. Die Kommunisten sehen, wie zu erwarten war, dem Verbot ihrer Partei durch den General von Seckert als Anhänger der vollgehenden Gewalt offenen Widerstand entgegen. Aus einem Beschluß der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands, der heute veröffentlicht wird, geht hervor, daß die kommunistische Partei bestehen bleibt und ihre Arbeit mit dem Ziele der Erhaltung der deutschen Räterepublik nach wie vor fortsetzt. Um eine Störung der Arbeiten zu verhüten und die Mitglieder der Partei vor einer Verfolgung zu schützen, tritt an die Stelle der Zentrale ein Direktorium als Leiterin der Partei, das seinen Sitz ins Ausland verlegt. Die Mitgliedsbücher und Beitagsmarken, wie alle Parteiausweise werden für unglücklich erklärt. Die Kontrolle der Mitglieder wird auf illegalem Wege durchgeführt. Besonders verschärft sind die Bedingungen für Neuaufnahme in die Partei. Jeder, der Mitglied der Partei werden will, muß als Bürger zwei zuverlässige Kommunisten, die mindestens zwei volle Jahre Mitglieder der Partei sind, aus dem gleichen Betrieb nachhaft machen. Wer an der Partei zum Verräter wird oder wer sich als Spion in die Reihen der Partei schmeißt, hat sein Leben verwirkt, und verfällt der revolutionären Parteijustiz.

Eine unangenehme Frage für die Herren Volksvertreter.

Berlin, 24. Nov. Eine gemeinsame Sitzung des Vorkommensrates und des Vorstandes des Reichstages, sowie der Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse beschäftigte sich heute mit der Frage, ob die Einschränkungen des Haushaltes der Reichsverwaltung auch auf den Reichstag ausgedehnt werden sollen. Vom Reichstagspräsidenten Löbe wurde die Frage der Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten gemeinsam mit den Landesparlamenten angeschnitten. Das braunschweigische Landesparlament hat bereits eine Verminderung seiner Mitgliederzahl vorgenommen. Das bayerische Landesparlament hat beim Reichstag angefragt, ob er diese Angelegenheit nicht auch in Erwägung ziehen wolle. Da sich die Mehrheit der Fraktionsvertreter heute nicht für befugt hielt, Beschlüsse in dieser Sache zu fassen, wurde die weitere Verfolgung der Angelegenheit für die zweite Lesung des Wahlgesetzes im Rechtsausschuß zurückgestellt.

Eine neue Feldbesatzung Ragers.

München, 24. Nov. Das Generalstaatskommissariat teilt mit: Gegenüber Gerichten wird festgestellt, daß das Verfahren wegen der Vorgänge am 8. und 9. November bereits bei den bayerischen zuständigen Behörden anhängig ist. Eine Auslieferung der Beteiligten an den Staatsgerichtshof der Republik kommt nicht in Frage.

Damit nimmt Herr von Raahr den offenen Konflikt mit dem Reiche auf. Er hat sich dazu den denkbar ungeeignetsten Augenblick ausgesucht und es wird zu fragen sein, ob die Wahl des Moments nicht zeigt, daß der Generalstaatskommissar den Frieden mit dem Reiche nicht will.

Ständeburgs Mahnung.

Generalfeldmarschall von Hindenburg veröffentlicht folgende Andeutung: Ich beklage tief, daß deutsche von gleicher Vaterlandsliebe besetzte Bürger sich in München feindselig gegenübertraten und damit zur Freude unserer Gegner einen Riß im Volksletzen geschaffen haben. Reicht Euch, wie wir Alten es 1866 auch getan haben, über die Gräber der auf beiden Seiten im festen Glauben auf ihr gutes Recht Gefallenen hinweg zur Veröhnung die Hand! Unser armes Vaterland bedarf in der größten Not doppelt der Einigkeit.

Die Rentenmark.

Berlin, 22. Nov. Seit dem 15. Nov. an dem mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen wurde, sind bis zum 22. No-

vember rund 300 Millionen Mark Rentenbankcheine von den Druckereien abgeliefert und soweit wie möglich in den Verkehr gebracht worden. Die Ausgabe ist so erfolgt, daß spekulativer Handel verzerrt den Markt. Die Bestände sind vorzugsweise denjenigen Stellen zur Verfügung gestellt worden, die sie unmittelbar zur Bewegung der Ernte und zur Heranschaffung von Lebensmitteln in die Stadt sowie für Gehalts- und Lohnzahlungen gebrauchen. Von der Ausgabe von Rentenmark in befestigten Gebieten war unter den vorliegenden Verhältnissen abzusehen. Der fortschreitende Druck der Rentenbankcheine wird die Möglichkeit geben, in den nächsten Tagen rascher mit der Ausgabe der Rentenmark vorzugehen.

Baden.

Besprechung des Staatspräsidenten mit Vertretern der Wirtschaft.
Königsberg, 26. Nov. Die Anwesenheit des Staatspräsidenten Dr. Köhler wurde heute vormittag zu einer Aussprache mit den Vertretern verschiedener Wirtschaftsgruppen und Berufsständen über politische und wirtschaftliche Fragen benutzt. In einleitender Rede sprach der Ministerpräsident über unsere Lage. Es war er sehr dätteres Bild, das er zeichnete. Unsere Lage kann nach diesen Darlegungen kaum mehr ernster werden, als sie jetzt schon ist. Im einzelnen führte der Ministerpräsident aus, daß die Gemeinden vor bedeutungsvollen Fragen gestellt werden. Die Staatsmüssen jetzt in allen öffentlichen Körperschaften ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Gemeinden werden wie Reich und Länder durch ihre eigene Notlage gezwungen sein zu sparen. Wie müssen unsere ganze Verwaltung auf die einfachste Form zurückbringen. Der Staat mußte vor einigen Wochen die Lungenkrankenhäuser schließen. Das ganze deutsche Steuerertragnis wird von Grund aus umgestaltet werden. In feiner weiteren Darlegungen sprach der Staatspräsident über die Wohnungsabgabe. Er warnt vor der Fortsetzung des Wohnnotstands, durch den die Häuser verlottern. Wir werden auch zu anderen Produktions- und Preisbildungsmethoden kommen müssen. In der Außenpolitik ist unsere schwerste Sorge die Rheinlandsfrage. Schon die nächsten Tage können folgenschwere Entscheidungen bringen. Der Staatspräsident schloß mit einer Mahnung zur Einigkeit. In der Aussprache ergriffen mehrere Vertreter verschiedener Wirtschaftsgruppen und Berufsstände das Wort.

Prinz Max von Baden gegen den Bruderkrieg.

Leberlingen, 22. Nov. In einer Versammlung der Bürgermeister des Bezirks, die unter dem Vorsitz des Landeskommissärs tagte, hielt Prinz Max von Baden eine Ansprache, in der er dem „Seeboten“ zufolge u. a. folgendes ausführte: „Ich glaube fest an Deutschlands endliche Errettung. Internationale Erfahrungen und die Geschichte sagen mir beide, daß eine Politik wie sie Frankreich heute macht, früher oder später elend zusammenbrechen muß.“ Frankreichs Gewalttätigkeit, Frankreichs gemißene Gerechtigkeit, Frankreichs Verachtung aller Rechte richtete sich nicht nur gegen uns Deutsche, sie richtete sich auch gegen die neutralen Länder und die ehemaligen Verbündeten. Es ist nicht anders möglich, als daß ein Umschwung in der europäischen Lage sich anbahnen muß... Die einzige und letzte Hoffnung Frankreichs, sein Ziel, die Vernichtung Deutschlands zu erreichen, das ist das deutsche Charis die deutsche Selbstzerfleischung und Auflösung. Frankreich setzt seine Hoffnungen auf alle diejenigen, die planmäßig den Bruderkrieg in Deutschland vorbereiten. Darum sage ich: Wer heute den Weg der Gewalt wählt, wo der Weg des Rechtes offen steht, mag er Kommunist sein oder Rechtsabstämmer, der ist, ob er will oder nicht, Frankreichs Bundesgenosse. Wir haben es in diesen Tagen erlebt; ein höhnender Substanz ging durch ganz Frankreich, als in München der Bruderkrieg begann. Wer heute über seinen Nächsten lacht und ihn verurteilt, wer Stände, Konfessionen, Stadt und Land gegeneinander hegt, der bereitet dem Bruderkrieg den Boden vor.“

Der Erzbischof gegen Klassenhaß und Bruderkampf.

In den katholischen Kirchen wurde am Sonntag ein Hirtenbrief des Erzbischofs Carl verlesen, in dessen Einleitung der Erzbischof über seine jüngste Romreise berichtet. Der Erzbischof schreibt, daß ihn mit wahrer Wehmut der Anblick der reichen Lebensmittel in der Schweiz und in Italien und der geschäftliche Frohmot der Bewohner dieser Länder erfüllt, da er des Mangels der Arbeitslosigkeit und der gedrückten Stimmung in der Heimat gedachte. Der Vatikan, und ganz besonders der Papst, verstehen und würdigen die schwere Lage in Deutschland und hätten alles, was möglich war, zu ihrer Linderung und Beseitigung vollbracht. Mit Freuden habe der Papst die Mitteilung entgegengenommen, daß in der Erzdiözese Freiburg nicht nur Gaben aus dem Ausland verteilt werden, sondern daß sich die Bevölkerung auch gegenseitig zu helfen sucht. In den meisten Ausführungen des Hirtenbriefes kommt dann der Erzbischof auf die heutige Lage in Deutschland zu sprechen, und betont, summarisch liege zutage, daß in dieser Lage keine Aufhebung des einen Standes gegen den anderen und kein Klassenhaß, auch keine Aufhebung einer religiösen Gemeinschaft gegen Andersgläubige helfen können. Zur Not würde dann nur die brutale Gewalt, verblinderter Haß, und der zerstörende Bruderkampf treten. Im Ausland verfolge man — wiederholt mußte der Erzbischof dies hören — nicht, daß wir trotz unserer Not bestmögliche politisch immer noch uneinig sind und uns gegenseitig so bedämpfen. Hier könne und müsse die wirkliche Christenliebe helfen. Wie ganz anders sähe es in der Welt aus, wenn die Menschen die Gebote der Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Treue, der Nächstenliebe im privaten und öffentlichen Leben beobachteten würden. Am Schluß begrüßt der Erzbischof die Anregung, daß in der kommenden Advent- und Weihnachtszeit in jeder Pfarrei eine Caritasopferwoche veranstaltet wird.

Forderung von Wirtschaftskrediten.

Karlsruhe, 29. Nov. Die Demokratische Fraktion des Landtags hat in ihrer gestrigen Sitzung nachstehende Entschließung gefaßt, die an das badische Arbeitsministerium weitergeleitet wurde:

„Die Deutsche demokratische Fraktion des Landtags richtet an die badische Regierung das dringende Ersuchen, der Arbeitslosigkeit durch Inangriffnahme und Fortsetzung von öffentlichen Arbeiten zu steuern, bis wieder die volle Produktion erreicht ist. Den Zweigen der Wirtschaft, die im Stande und bereit sind, die Produktion wieder voll in Gang zu bringen, sind für ihre Vertriebe langfristige Kredite unter Garantie der Rückzahlung zum vollen Wert zur Verfügung zu stellen. An die gesamte Wirtschaft ergeht die dringende Aufforderung, auch ihrerseits alles zu tun um der Vermehrung der Arbeitslosenzahl entgegenzuwirken. Sache der Arbeitnehmer ist es, ihre Gehamhaltung auf eine gesteigerte Leistung des Einzelnen einzustellen. Nur wenn es gelingt, Kurzarbeit und Stilllegungen zu beseitigen, besteht die Hoffnung, den schwer leidenden Wirtschaftskörper Deutschlands am Leben zu erhalten. Die demokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, im gleichen Sinne zu wirken.“

Die badischen Viehbestände am 1. Oktober 1923.

Auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft war die diesjährige Viehzählung auf den 1. Oktober zwei Monate früher, als sonst üblich, vorgenommen worden. Sie hatte sich nur auf vier Tiergattungen Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen erstreckt. Die Zählung ergibt, wie das Statistische Landesamt mitteilt, für das Land im ganzen eine geringe Zunahme der Rindvieh-, Schaf- und Ziegenbestände und

eine größere Zunahme des Schweinebestandes. Gegen 1. Dezember 1922 wurden mehr angegeben: 12 308 Stück Rindvieh, 4146 Schafe, 11 125 Ziegen und 57 234 Schweine. Der Gesamtbestand an Rindvieh beträgt jetzt 618 804 Stück, darunter 311 933 Milchkuhe. Die Zahl der Schafe beträgt 69 936, die der Ziegen 192 327 und die der Schweine 483 533. Im einzelnen ist bemerkenswert die Tatsache, daß die Bezirke des Unterlandes durchweg eine Zunahme der Rindviehbestände melden, während die Oberländer Bezirke den ungenügenden Stand des Vorjahres ja vielfach sogar eine Abnahme verzeichnen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 30. Nov. (Die Rentenmark.) Vom 1. Dezember ab werden die Papiermarkbeträge im Postverkehr auf Milliarden abgerundet. Postanweisungen, Nachnahmen, Zahlkarten usw. dürfen nur noch auf Milliardenbeträge lauten. Vom gleichen Tage ab tritt ein Gebührenreform mit Gebühren in Rentenmarkwährung in Kraft. Anhängen sind in Gebühren für Pakete, Postanweisungen und Zahlkarten wieder mit Freimarken zu verrechnen.

Sinsheim, 30. Nov. (Der Fein-Pfennig-Brief ab 1. Dezember.) Im Postgebührenauschuß des Reichstages wurde der Entwurf über werblichbändige Postgebühren beraten. Wie der Reichspostminister mitteilte, werden die Postgebühren auf Grundbeträge abgestellt, und die Marken mit einer auf Grundbeträge lautenden Wertzahl aufgedruckt. In möglichst kurz bemessenen Abständen wird bis zur Einführung der Rentenmark der Umrechnungsärs der Goldrechnungsmark in die Papiermark festgelegt. Da die Belastung der Dienstlichen durch diese Verhältnisse ziemlich groß ist, so muß der Aufbau des Tarifs möglichst einfach gehalten werden. Die Marken müssen sich auf wenige Sorten beschränken. Die Grundbeträge sind durchweg auf die mit 5 oder 10 auslaufenden Zahlen gebracht, nur für Druckfachen gilt die Zahl 3. Danach werden folgende Grundbeträge gelten: Druckfachen 3, Postkarten 5, Briefe 10, Postanweisungen 20, Postpakete 30 Pfg. Die wertbeständigen Tarife sollen am 1. Dezember in Kraft treten. Die Vorlage wurde ohne wesentliche Aussprache angenommen.

Sinsheim, 30. Nov. (Richtlinien für die Goldmarkpreisse.) Das Statistische Landesamt — Abteilung Landespreissamt — ist vom Minister des Innern beauftragt, alsbald mit Vertretern der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels und des Handwerks in Verbindung zu treten, um Richtlinien für eine angemessene Preisberechnung auf Goldmarkgrundlage aufzustellen. Die Bezirksämter (Vollziehlicher Wuchendienst) und die Preisprüfungsstellen, sowie besonders des Landespreissamts, werden die Berechnung der Grundpreise in schärfster Weise überwachen. Bei Feststellungen von Uebervorderungen wird die Handelslaubnis entzogen werden.

Sinsheim, 30. Nov. (Die Einwanderung nach Amerika gesperrt.) Das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart bestätigt die Meldung, daß die für dieses Jahr nach den Vereinigten Staaten von Amerika zugelassene Zahl deutscher Einwanderer bereits erreicht ist und daß die fernere Einwanderung nach Amerika für Deutsche gesperrt bleibt. Am 22. Dezember ds. Js. können die letzten Auswanderer nach Amerika fahren, dann wird die Sperrung bis Ende Juli 1924 eintreten.

Sinsheim, 28. Nov. (Abschreibung der Arbeit.) Das Finanzamt schreibt uns: Unter dieser Ueberschrift wird in einem Artikel aus Sinsheim vom 22. November in der Ausgabe des Landboten vom 24. ds. Mts., u. a. darauf hingewiesen, daß das Finanzamt den Geschäfteneuerdings zumute die Verhältniszahl für die Berechnung des Steuerabzugs bei den Pächterämtern zu erfragen. Zur Aufklärung wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bekanntgabe der Verhältniszahl nur deshalb durch die Bürgermeisterämter erfolgt, damit die Arbeitgeber bei der Berechnung des Steuerabzugs am Ende und, wenn notwendig, schon im Laufe der Woche, die für die Woche maßgebende Verhältniszahl berücksichtigen können, während dies bei der Veröffentlichung im „Landboten“ der erst am Samstag ausgegeben wird und infolgedessen den Arbeitgebern zu spät zugeht, nicht der Fall ist. Für das Finanzamt bedeutet diese Regelung keine Vereinfachung, sondern eine Mehrarbeit.

W. Stadt, 28. Nov. (Diebstahl.) Vorige Woche wurde in die hiesige Eisenbahnwärterhalle ein Einbruch verübt. Es kam dabei abhanden ein Koffer mit wertvollen Kleidungsstücken, an denen hier in Arbeit getretene Schahrtienburischen aus Wirttemberg adressiert. Als Dieb wird ein Individuum angesehen, das von den gestohlenen Kleidungsstücken an Leute, die in einer Mühle beschäftigt sind, verkaufte. Der Betroffene gab an, er sei ein vertriebener deutsch-polnischer Eisenbahnarbeiter und müsse von seinen Kleidern verkaufen, um damit seine Reise nach Mannheim bestreiten zu können.

Neckarbischofsheim, 22. Nov. (Gemeinderats-sitzung.) Die Gemeinde erhebt eine vorläufige Umlage nach Goldmark berechnet. Der Tagdachtpreis für das laufende Pachtjahr wurde vom Gemeinderat auf 1/3 der ursprünglichen Pachtsumme festgesetzt (d. h. 450 Goldmark für jeden Tagobogen).

Rappeneau, 25. Nov. (Die Winterkassaweid.) wurde gestern an Schäferbesitzer Mathias Schabel von Ummingen, Bezirksamt Nördlingen, verpachtet. Der Pachtbetrag ist 1280 Goldmark.

Aus dem Amtsbezirk, 29. Nov. (Mißverständnis.) In einer Nachbargemeinde hatte die Tochter des ev. Mehnertens kürzlich Hochzeit. Eine Bibel war nicht vorrätig, die Brautleute wurden auf später vertröstet. Nach einigen Wochen sagte eines Tages der Pfarrer zum Mehnert: „Na, Herr S., jetzt bekommt Ihre Tochter doch a Bibel! Ma' moiss net, Herr Pfarrer s'kann ach a Maibl gewe“, war die Antwort.

Itzen, 28. Nov. (Die Wurstsuppe als Milch.) Zur Zeit werden unsere Kühe nach Milchmastern unterlucht. Dabei ist am Freitagabend ein lustiges Stilleben passiert. Im Eifer des Dienstes haben 5 Gendarmen am Freitagabend zwischen 7 und halb 8 Uhr an der Bahnperre, wo öfters Milch abgenommen wird, auch einem Mädchen, das eine Kanne Wurstsuppe hatte, die Kanne abgenommen und leerten sie ebenfalls hoppplahopp zur Milch, bis das Mädchen gemächlich sagte: „Me! Wurstsuppe, mei Wurstsuppe ich will mei Würstle home, wo drin war.“ Darauf wackelte der eine Gendarm den Kermel hoch und suchte in der Milch nach dem Würstchen. Die Wurstsuppe hatte nämlich eine weiße Fettigkeit, darum der Irrtum.

Eptingen, 28. Nov. (Brand.) In der Wohnung der Eheleute Emil Werner war zum Trocknen am Dienstag einige Wäsche in Brand geraten. Durch die Rauchentwicklung erlitt ein im Bett liegendes ein Jahr altes Knäblein den Erstickenstoß.

Heidelberg, 28. Nov. (Die Arbeitslosen.) durchzogen Samstag nachmittag truppweise die Stadt und schändeten Ordnungen in die Lebensmittelgeschäfte, die dort um Gratisverabfolgung von Waren ersuchen sollten. Zahlreiche Bäcker, Metzger Kolonialwarenhändler usw. gaben unter dem Druck der Menge Waren umsonst ab, die dann entweder noch im Laden oder auf der Straße verteilt wurden. Schließlich schritt die Schutzpolizei ein und nahm 37 Personen fest, die aber inzwischen wieder entlassen wurden. Nach dem Polizeibericht sollen sie lediglich wegen Nötigung zur Anzeige kommen, da keinerlei Plünderungen vorgekommen sind.

Baden-Baden, 28. Nov. (Unruhen.) Gestern abend zwischen 5 und 6 Uhr ist es auch in unserer Stadt zu Arbeitslosenunruhen gekommen, die ein ziemlich gefährliches Aussehen

hatten, aber bald unterdrückt werden konnten. Arbeitslose von hier und auswärts, anscheinend der kommunistischen Partei angehörend, sammelten sich ganz plötzlich am Bahnhof und marschierten in geschlossenem Zuge unter Befehl der Internationale durch die Straßen der Stadt zum Leopoldplatz. Hier trat derselben ein starkes Polizeiaufgebot entgegen. Erst als die Polizei mit Gummiknüppeln und flacher Klinge vorging, stoben die Demonstranten auseinander und der Platz war in kurzer Zeit gefäubert. Ein Demonstrant und ein Polizist wurden verwundet.

Salz, (Amt Neustadt), 28. Nov. (Ein Doppelmord) Seit Allerheiligen wurde das Ehepaar Wilhelm Köpfer vermietet, das in einem Häuschen gegen den Hofstift wohnte. Auf dem Anwesen haften seit dieser Zeit ein Mann namens Hundertpfund und zwei Weibskinder von Freiburg. Ueber den Verbleib des Ehepaars gingen verschiedene Gerüchte herum. Es hieß, es hätte das Anwesen gegen Franken verkauft und sei auf der Suche nach einem neuen Heim. Wie sich aber nun herausgestellt hat, sind die beiden Eheleute vermutlich am 3. November ermordet und ihre Leichen im Brandweiser verschüttet worden. Als Täter kommt der 1900 in Freiburg geborene ledige Holzschneider Karl Friedrich Hundertpfund in Frage. Weiter wird berichtet: Die Eheleute Köpfer waren seit Anfang November verschwunden. Erst durch das seit Mitte ds. Mts. verbreitete Gerücht, die Eheleute seien ermordet, wurde die Gendarmerie aufmerksam. Bei den ersten Untersuchungen in der Wohnung der Eheleute Köpfer wurden Hundertpfund mit seiner Braut und noch einem zweiten Mädchen angetroffen. Hundertpfund erklärte er habe mit Köpfer einen Pachtvertrag abgeschlossen und Köpfer sei mit 800 Franken, die er von ihm als Zahlung erhalten habe mit seiner Frau von Salz fortgereist. Die sofort angeforderten Erkundigungen über H. ergaben jedoch, daß H. nicht im Besitze von 800 Franken gewesen sein könne. Als man zu seiner Verhaftung schreiten wollte, war er bereits entflohen. Nach mehrtägligem Suchen in der ganzen Umgebung des Hauses wurden dann die Leichen der Köpfer'schen Eheleute in einem Brandweiser unter dem Wasser dicht bedeckt mit Mist und Rasen aufgefunden. Köpfer hatte einen Herzschuß; die Todesursache der Frau ist noch nicht festgestellt. Die Braut des Hundertpfund, die am 15. November mit einer Freundin zu ihm in das Haus gezogen war, dürfte von dem Mord nichts gewußt haben. Hundertpfund hatte ihr vielmehr mitgeteilt, daß er das Anwesen mit allem Inventar übernehmen habe und sie gebeten, ihm den Haushalt zu führen.

St. Blasien, 27. Nov. (Drahtlose Telefonie.) In Hohenfischwang ist eine drahtlose Empfangsstation im Bau, die imlande sein soll, die Wellen aller Großstationen aufzunehmen. Im Kurhaus von Hohenfischwang (über 1000 Meter ü. d. M.) soll dann den Patienten die Möglichkeit geboten sein, aus den verschiedensten europäischen Großstädten sich Konzerte, Opernaufführungen usw. anhören zu können.

Neueste amtliche Kurse

Table with financial data including Anleihen, Bankaktien, Industriek Aktien, Schiffahrtsaktien, and Freierkehrswerte.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse

Table with commodity prices for wheat, rye, barley, and other grains.

Schlüsselzahlen.

Badische Feuerungszahl (ohne Bekleidung) am 26. Novbr. 1299,1 Milliarden (17. Nov. 743,8 Milliarden). Reichsindexziffer vom 26. Nov. 1535 Milliarden (17. Novbr. 831 Milliarden). Großhandels-Feuerungszahl am 26. Nov. 1422,9 Milliarden (vorher 1413 Milliarden). Schlüsselzahl des Badischen Gastwirteverbandes = jeweilige Goldmark. Bad. Einzelhandel: 1 Billion. Schlüsselzahl des Deutschen Buchdruckervereins: ab 3. Nov. nach Goldmark. Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 1 400 000 000. Buchhändler-Schlüsselzahl: 1 100 000 000 000. Ärzte-Schlüsselzahl = jeweilige Goldmark.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, 2. Dezember. 1. Advent. 10 Uhr: Gottesdienst. Dekan Eisen. 11 Uhr: Christenlehre. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtvikar Meerwein.

An unsere Postbezieher

richten wir das dringende Ersuchen, in ihrem eigenen Interesse ihre Zeitungs-Bestellungen für den Monat Dezember sofort, jedenfalls aber vor dem 1. Dezember zu bewirken, weil die Post nach dem 1. Dezember wegen der verschiedenen Umrechnungskurse, die bei der Abrechnung zu Grunde gelegt werden, weitere Nachzügler direkt an den Verlag verweisen muß. In diesem Falle entfallen diesen nachträglichen Bestellungen nicht unerhebliche Kosten, die bei rechtzeitiger Bestellung vor dem 1. Dezember vermieden werden können. Wer heute noch bestellt, zahlt für die Goldmark nur 1 Billion, steigt der Dollar morgen oder in den nächsten Tagen, was leider wohl möglich ist, muß er entsprechend mehr Papiermark bezahlen. Der Verlag.

Amtliche Bekanntmachungen.

Handelsregistereintrag A Bd. 1 D.-3. 95 (Firma Gebrüder Botsch, Rappenaun). Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Sinsheim.

Ausgabe von Gutscheinen.

Mit höherer Ermächtigung geben wir auch Gutscheine zu 5 und 10 Billionen Mark aus. Die Scheine zu 5 Billionen sind auf weißem Papier gedruckt. Vorderseite graubrauner ornamentaler Untergrund, darüber kleines Bild, bergdurchfahrenden Zug darstellend, in graublauem Ton. Wertaufdruck schwarz. Reihen- und Nummernbezeichnung rotbraun in unterer Ecke rechts. Auf weißem Schaurand rechts Wertaufdruck in Zahlen, darunter Trockenstempel mit der Zahl 13. Ausgabedatum vom 15. Oktober 1923. Rückseite violettbraune Quillende mit Wertangabe. Wasserzeichen: Bandwerkmuster. Papiergröße 135/75 mm. Die 10 Billionenscheine tragen auf der Vorderseite ein Landschaftsbild mit fahrender Lokomotive auf weißem Papier. Sie sind blau mit grünem Untergrund. Reihen- und Nummernbezeichnung sind grün. Trockenstempel in der linken unteren Ecke. Rückseite reichverziertes hellgrünes Ornament. Wasserzeichen: Quadratform und 6 eckiges Mosaikmuster. Papiergröße 143/85 mm. Ausgabedatum vom 15. Oktober 1923.

Karlsruhe, den 21. November 1923. Reichsbahndirektion.

Bekanntmachung.

Um die Einnahmen den gesteigerten Ausgaben wenigstens einigermaßen anzupassen, sehen wir uns genötigt, mit Wirkung ab 1. Dezember 1923 bis auf weiteres folgende Grundpreise festzusetzen: 1 Kilowattstunde für Beleuchtungszwecke 60 Pfg. 1 Kraft u. Heizwecke 40 Pfg. Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) Betriebsbüro Sinsheim a. E.

Statt Karten. Else Freiberg Josef Rosenberger Verlobte Mannheim S 6, 21 Mannheim E 7, 27 Sinsheim

Wir übernehmen stets Aufträge in Wohn- und Schlafzimmer sowie Kücheneinrichtungen jeder Größe und Ausführung. Verschiedene Möbel sind stets greifbar. R. u. W. Lehmann, Möbelschreiner Waisstadt.

Achtung! Lanz'-Centrifugen liefert preiswert Herm. Reichensperger Vertretungen Mannheim, Eichelsheimerstr. 49. Gänselebern kauft und zahlt höchste Goldmarkpreise. Fa. Wilhelm Kaiser Karlsruhe-Mühlburg Sinsheim, Sinsheimstr. 14 Telefon 2099. Saconieren von Damenhüten Sutfabrik Elsa Faul Heidelberg, Sofienstr. 13.



HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES INC. NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. HAMBURG NACH NEW YORK HAMBURG-AMERIKA LINIE Sinsheim: Hermann Betsch, Hauptstr. 304. Telefon 127.

Frachtbriefe empfiehlt die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.

BREMEN AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN. Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Norddeutscher Lloyd Bremen. Sinsheim: Gg. Eiermann Wtw. in Neckarbischofsheim: Max Jeselsohn, Hauptstr. 4.

WHITE STAR LINE AMERICAN LINE. REGELMÄSSIGER PASSAGIERDAMPFER VERKEHR. HAMBURG-NEWYORK HAMBURG-CANADA (HALIFAX). D. „PITTSBURGH“ 16322 T. D. „MANCHURIA“ 13639 T. D. „MONGOLIA“ 13639 T. D. „CANOPIC“ 12267 T. D. „MINNEKAHDA“ 17221 T. Hermann Rettig & Co., Heidelberg. Bureau Hauptstraße 77 (im Hotel Wagner) Telegramm-Adresse: Ponte. Telefon 2205. In Sinsheim a. Els.: Abraham Seligmann Neben dem Rathaus.

Die zahlreiche Beteiligung an dem Leichengeleite in Grombach und die vielen sonstigen Bekundungen teilnehmenden Mitgeföhls an der Trauer um unseren verstorbenen lieben Vater haben wir dankbar und wohlthuend empfunden. Wir bitten unseren herzlichen Dank nur auf diesem Wege aussprechen zu dürfen. Sinsheim, 29. November 1923. Otto Grein, Oberamtsrichter und Frau Maria geb. Bell Eugen Bell, Forstamtman mit Familie Dr. Anton Bell, Arzt mit Familie.

Biesinger & Braun Gesellschaft für elektrotechn. Installationen u. Motoren-Reparaturen m. b. H. Heidelberg Bergheimerstr. 11. - Telefon 978.